

"Die baltischen Staaten bereiten die Bildung von Exilregierungen vor" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (21. August 1991)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 21.08.1991, Nr. 193. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"die_baltischen_staaten_bereiten_die_bildung_von_exilregierungen_vor"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_21_august_1991-de-80b229db-b2ab-4b4d-9d92-d3e764be0ad9.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Die baltischen Staaten bereiten die Bildung von Exilregierungen vor

Zwei Tote in Riga / Moldova widersetzt sich den Putschisten

Die Baltenrepublik Estland wollte noch am Dienstagabend ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklären. Außenminister Meri teilte dies bei einem Besuch in Helsinki mit. Das Parlament arbeite am Text einer Unabhängigkeitserklärung.

Sowjetische Truppen haben Dienstagmorgen das zentrale Rundfunkgebäude und das Telegrafenamtsgebäude in der lettischen Hauptstadt Riga besetzt. Wie die unabhängige Russische Informationsagentur aus Riga meldete, drangen Angehörige der Sondereinheit der Schwarzen Barette auch in die Zentrale der lettischen Volksfront ein. Augenzeugenberichten aus Riga zufolge wurden zwei Menschen, darunter der Fahrer eines Kleinbusses, von sowjetischen Soldaten erschossen.

Die Regierungen der Baltenrepubliken haben je einen ihrer Vertreter ermächtigt, im Falle der Machtübernahme durch die sowjetischen Streitkräfte eine Exilregierung zu bilden. Wie die Nachrichtenagentur Baltfax in der Nacht zum Dienstag meldete, wurden der estnische Außenminister Meri, der lettische Vizeparlamentspräsident Ivans und der litauische Außenminister Saudargas zu Bevollmächtigten erklärt. Alle drei befinden sich derzeit im Ausland.

Das litauische Parlament hat an die in der Republik stationierte sowjetische Armee appelliert, sich nicht an dem „von Moskau organisierten Verbrechen“ zu beteiligen. Gleichzeitig beschlossen die Abgeordneten, sich dem Aufruf des russischen Präsidenten Jelzin zum Generalstreik anzuschließen. Dies verlautete am Dienstag aus Kreisen der Regierung. Am Morgen sollten in allen Betrieben der Republik politische Versammlungen organisiert werden, „um Rußland zu unterstützen“.

Die frühere Präsidentin des litauischen Parlaments, Frau Prunskiene, hat am Dienstag in Bonn die Überzeugung geäußert, Jananajew und seinen Verbündeten werde es allenfalls für kurze Zeit gelingen, sich an der Macht zu halten. In dieser Situation erwarte sie von den führenden Politikern des Westens eine klare Haltung, zu der das Beharren auf einer Rückkehr Gorbatschows an die Spitze der Sowjetunion, die Unterstützung der Republiken der „ehemaligen Sowjetunion“ und eine Nichtanerkennung der neuen Machthaber gehöre.

Der sächsische CDU-Landtagsabgeordnete Schimpff berichtete am Dienstag aus dem Parlamentsgebäude der estnischen Hauptstadt Tallinn, Regierung und Parlament der Baltenrepublik bereiteten sich auf die Besetzung durch Armee-Einheiten vor. Straßensperren seien verstärkt worden. Vier sowjetische Panzerkolonnen seien in Marsch gesetzt worden. Die Esten bereiteten die Verteidigung des Parlaments vor, doch könne diese, so Schimpff, wegen der schwachen Bewaffnung der Verteidiger nur symbolischer Natur sein. Die Regierung habe einen Notausschuß gebildet. Dieser bestehe aus Ministerpräsident Savisaar, dem Vorsitzenden des Obersten Rates, Rüütel, sowie dem Sprecher des Rates, Nugis. Die Mitglieder des Komitees bereiteten sich darauf vor, im Notfall in den Untergrund zu gehen. Der estnische Außenminister Meri sagte am Dienstag im Deutschlandfunk, die Republik wolle dem Aufruf Jelzins zum Generalstreik folgen.

Aus der litauischen Hauptstadt Vilnius (Wilna) wurde berichtet, daß sich in der Nacht eine Kolonne von Panzern und Schützenpanzern dem Parlamentsgebäude genähert, sich dann aber wieder zurückgezogen habe. Am Dienstagmorgen sei es in Litauen ruhig geblieben, hieß es in Vilnius. Der litauische Präsident Landsbergis hat die Bevölkerung seiner Republik zu zivilem Widerstand gegen die neuen sowjetischen Machthaber aufgerufen. „Wir sollten die Konfrontation mit dem Militär vermeiden. Unsere Waffe ist der Geist“, sagte Landsbergis am Montag.

Der KGB-Chef in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Kyrgystan (Kirgisien). General Asankulow, hat am Montag um seine „Entlassung in den Ruhestand“ gebeten. Dies geht aus einem Dekret des kirgisischen Präsidentenamtes hervor, dass die amtliche Nachrichtenagentur Tass am Dienstag veröffentlichte. Neuer KGB sei nun der Vizepräsident der Republik, German Kusnetsow. Die Truppen des Innenministeriums

hätten unterdessen die wichtigsten Gebäude abgesichert. Die Situation sei ruhig, hieß es bei Tass weiter.

In Baku, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Aserbaidschan, hat es am Montag nach iranischen Angaben keine besonderen Vorkommnisse gegeben. Wie der Gouverneur der iranischen Stadt Astaran an der Grenze zur Sowjetunion, Resa, am Dienstag nach seiner Rückkehr aus Aserbaidschan berichtete, wurde Baku auch nicht von sowjetischen Panzern umzingelt. Allerdings seien die Porträts des gestürzten Präsidenten Gorbatschow aus den Verwaltungsbüros in Baku entfernt worden. Die iranische Presse hatte zuvor berichtet, daß es in Aserbaidschan am Montag zu einer „sehr heftigen“ Explosion gekommen sei.

Die Sowjetrepublik Moldova hat die amtlichen Zeitungen verboten, die den Sturz von Präsident Gorbatschow begrüßt haben. Dies meldete am Dienstag die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Ministerpräsident Muravsky habe außerdem alle Herausgeber der übrigen Zeitungen in der Republik davor gewarnt, Informationen des Notstandskomitees aus Moskau zu verbreiten. Andernfalls dürften auch diese Blätter nicht mehr erscheinen, heißt es bei Tass weiter. Zu den verbotenen Zeitungen gehörten das Parteiorgan „Prawda“ und die Tageszeitung der Armee „Krasnaja Swesda“.

In der Hauptstadt Moldovas, Chisinau (Kischinjaw), haben sich in der Nacht zum Dienstag Tausende Personen aus Protest gegen die neuen Machthaber in der Sowjetunion vor strategisch wichtigen Punkten in der Innenstadt versammelt. Der Sonderkorrespondent der amtlichen rumänischen Nachrichtenagentur Rompres meldete aus Chisinau, die Demonstranten seien einem Appell des moldauischen Präsidenten Snegur gefolgt und vor das Parlament, das Rundfunk- und Fernsehgebäude, die Hauptpost und das Pressehaus gezogen. Der moldauische Rundfunk strahlte den Appell alle 15 Minuten aus, während Fahrzeuge der Miliz und der Feuerwehr mit eingeschalteter Sirene durch die Hauptstadt fuhren und die Bevölkerung aufforderten, auf die Straße zu kommen. Auch die orthodoxe Kathedrale läutete fast die ganze Nacht über Sturm.

Snegur hatte zuvor von einer drohenden Besetzung der Republikshauptstadt durch sowjetische Truppen gesprochen. Zahlreiche Lastwagen, Kräne und Tankwagen hatten nach Angaben des Korrespondenten kurz darauf die Zugänge zur Stadt blockiert.